

**Verantwortliche Redakteure.**  
Für den politischen Theil:  
A. B. J. Steinbach,  
für Feuilleton und Vermischtes:  
J. Steinbach,  
für den übrigen redakt. Theil:  
J. Hafffeld,  
sämmlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
J. Klugkist in Posen.

Abend-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
Gul. St. 144, Postfach 17,  
Gr. Gerber- u. Bretterstr. 17,  
O. A. Kiehl, in Posen  
J. Neumann, Wilhelmstraße 17,  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen Kuhn  
Hoffe, Hansen & Pöglers A.-G.,  
G. J. Dautz & Co., Jurastr. 17.

Nr. 491

Freitag, 17. Juli.

1891

## Deutschland.

Berlin, 16. Juli.

— Zum Oberpräsidenten von Ostpreußen soll jetzt einmal wieder, wie ein westpreussisches Lokalblatt angeblich aus guter Quelle erfährt, Graf Stolberg auf Dönhofsstadt im Kreis Raftenburg in Aussicht genommen sein. — Wir nehmen von dieser Nachricht lediglich der Vollständigkeit wegen Notiz. Ob sie richtiger ist, wie so Manches andere, was in dieser Hinsicht letzthin mehrfach in untergeordneten Blättern berichtet wurde, wird sich ja bald herausstellen. Es gewinnt allmählich den Anschein, als ob es mit der Beförderung der frei gewordenen Oberpräsidentenstellen ähnlich gehen soll wie mit der angeblichen Reise des Zaren nach Berlin, in Bezug auf die erfindungsreiche Reporter sich gleichfalls fast täglich in den üppigsten Phantasiegebilden ergehen.

— Nach sachverständiger Schätzung wird der „Voss. Ztg.“ zufolge der Ausfall der diesjährigen deutschen Roggenernte im Vergleich zur Mittelernste auf etwa 30 pCt. berechnet. — Daß die gegenwärtigen, sich täglich verschlimmernden Verhältnisse dringend ein staatliches Eingreifen fordern, ist, meint die „Voss. Ztg.“ dann weiter, nicht mehr in Abrede zu stellen. Wenn von gewisser Seite immer wieder von den „Brotvertheuern an der Börse“ gesprochen wird, — warum veröffentlicht denn nicht z. B. die preussische Staatsregierung die Preise, welche von ihr, unter Hinzurechnung des Einfuhrzolles, für die Deckung des Naturalbedarfs der Armee zu zahlen sind? Es würde sich ja dann leicht herausstellen, ob die Regierung billiger zu kaufen vermag, als die Privatwirthschaften, denen angeblich der Brotkorb durch die Spekulation höher gehängt ist.

— Getreidering. Ein amerikanischer Farmer-Verband erläßt folgenden Aufruf: „Die Vorräthe von Weizen sind kaum bedeutend genug, um den Bedarf des Landes bis zum Eintreffen der neuen Ernte zu decken. Wenn der Andrang des neuen Weizens nicht so zeitig kommt, als erwartet war, wird der Markt mit doppelt so hohen Preisen, als den während der letzten Jahre erzielten, beginnen. Vermeidet deshalb unnötige Hast, indem ihr den Spekulant den Mittel liefert, die Preise zu drücken, und beschließt, daß in Anbetracht des Standes der Weltermärkte der Minimalpreis für Weizen in Newyork 135 Cents sein soll. Die Mitglieder des Verbandes müssen sich organisiren, und sich verpflichten, Weizen zu keinem niedrigeren Preise an den Markt zu bringen, vorausgesetzt, daß sie nicht unter Kontrakt stehen.“ — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ tritt für diesen Ring mit einigen befürwortenden Neußerungen ein, die deutlich erkennen lassen, wie viel ihr daran gelegen ist, daß die Getreidepreise keine übermäßige Höhe erreichen.

— Für die Elberfelder Wettrennen ist, wie die „Elberf. Ztg.“ erfährt, der Totalisator durch eine Verfügung des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums des Innern verboten worden.

Es hat den Anschein — so bemerkt das genannte Blatt — als ob das Landwirtschaftsministerium mit der Absicht umgehe, den Totalisator an den Provinzialplätzen prinzipiell zu verbieten. Das „Prinzip“ wird aber nicht durchgeführt, denn während das Verbot bisher für Aachen, Kreuznach und Elberfeld ausgesprochen wurde (über einigen anderen Städten schwebt das Verhängniß noch), war der Totalisator bei den Düsseldorf-Rennen gestattet. Es muß als eine Ungerechtigkeit bezeichnet werden, wenn plötzlich eine Bevorzugung eines oder mehrerer Plätze eintritt und damit der Untergang der anderen Meetings gewissermaßen von oben dekretirt wird.

Daß die sonst so lammfromme Elberfelderin in derartige Wallungen geräth, ist, meint die „Voss. Ztg.“, recht bezeichnend. Man bedenke nur, ein Wettrennen im frommen Wuppertal ohne Totalisator!

— Ueber ein internationales Schienenkartell sind, wie man der „Köln. Volksztg.“ aus Duisburg schreibt, Bestrebungen zwischen den deutschen und ausländischen Stahlwerken, welche sich mit der Herstellung von Eisenbahnoberbaumaterial befassen, im Gange. Die „Köln. Volksztg.“ bewertete dazu, sie habe auch in Folge ihr anderweitig zugegangener Mittheilungen allen Grund, anzunehmen, daß es sich diesmal nicht nur um ein Gerücht handelt, sondern daß in der That Verhandlungen im Gange sind.

— Die antisemitische „Staatsbürgerztg.“, deren Auslassungen, wie im Mittagsblatt mitgetheilt ist, von der „Voss. Ztg.“ bereits berichtet sind, hatte in Sachen Mohnike sich in einer für sie so bezeichnenden Weise geäußert, daß wir doch nicht umhin können, ihre Ausführungen hier noch einmal wörtlich wiederzugeben wie folgt:

Die Ausweisung des Redakteurs einer politischen Korrespondenz, welche im Allgemeinen den Standpunkt der freikonservativen Partei einnahm, aus Berlin und den preussischen Staaten durch das hiesige Polizeipräsidium erregt in einschlägigen Kreisen Verwunderung. Der Ausgewiesene, Otto Mohnike, ist auf der holländischen Insel Java als Sohn eines geborenen Preußen, Generalarztes in holländischen Diensten, geboren und lebte seit 21 Jahren in Preußen, wo er erlogen wurde und studirte und wo auch sein Vater starb. In den letzten Jahren gab er hier die Korrespondenz „Der Pfeil“ heraus, die als ein deutsch-patriotisches Blatt bezeichnet wird. Zur Zeit des Brandes in dem holländischen Hause, als die freisinnige Presse die Feuerwehr und das Polizeipräsidium mit Schmähungen überhäufte, brachte „Der Pfeil“ einen Feuilleton-Artikel, welcher sich gegen diese Angriffe wandte und unter Anderem folgende Stelle enthielt:

„Würden doch Alle nach Amerika verschwinden, die bei ihren Mitmenschen Vergerniß erregen.“ In diesem Sinne widmete die hiesige entschieden freisinnige „Berliner Zeitung“ dieser Tage dem Chef des Berliner Polizeiwesens einen fecken Feindartikel. Freilich, die Zeiten Sinfeldeys sind vorbei, da muß sich der Herr v. Richthofen mancherlei gefallen lassen. Der Herr ist allerdings auch ein gar knochiger Feindaler. Da ist so manches, was sich zu diesem Chapirore sagen läßt. Unmittelbar nach Veröffentlichung dieses Artikels erhielt Herr Mohnike den Ausweisungsbefehl, und da er sich keiner Handlung bewußt ist, welche eine Ausweisung rechtfertigen könnte, so bleibt nur übrig, anzunehmen, daß die mißverständliche Auffassung dieses Satzes den Anlaß dazu gegeben hat. Eine Eingabe an den Kaiser Seitens des Herrn Mohnike, die an den Minister des Innern überwiesen wurde, blieb ohne Erfolg, da, wie es in dem vor einigen Tagen ertheilten Bescheide hieß, der auf die Sache selbst nicht weiter einging, der Vater des Herrn Mohnike bei seinem Eintritt in holländische Dienste aus dem preussischen Unterthanen-Verbande ausgeschieden sei. Somit ist Herr Mohnike Ausländer und kann jeden Augenblick ausgewiesen werden. Daß man auf den ein- und zwanzigjährigen Aufenthalt in Preußen des vielleicht dreißig Jahre alten Mannes und seine politische Haltung keine Rücksicht genommen hat, ist, wie gesagt, überaus befremdlich.

Diese Angaben berichtigt, wie wir soeben ersehen, übrigens auch die gleichfalls antisemitische „Kreuzztg.“ in folgender farcassischen Weise:

Die „Staatsbürgerztg.“ — so schreibt das Blatt — spricht ihr Verwundern aus über die kürzlich erfolgte Ausweisung des Schriftstellers Otto Mohnike aus Berlin und den preussischen Staaten. Das Blatt meint, derselbe habe einen freikonservativen und patriotischen Standpunkt eingenommen, und da er sich keiner Handlung bewußt sei, welche eine Ausweisung rechtfertigen könnte, so könne man nur annehmen, daß die mißverständliche Auffassung eines Artikels des M., in welchem er die Feuerwehr und das Polizeipräsidium gegen die anlässlich des holländischen Brandes erfolgten Angriffe der freisinnigen Presse in Schutz genommen hatte, die Ausweisung veranlaßt habe. Dem gegenüber werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der betreffende Otto Mohnike derselbe ist, der seiner Zeit aus der „Ademischen Gesellschaft“ Bücher entwendet hat, in der Maske eines Kriminalkommissars mehrfach Damen „verhaftete“ und schon vorbestraft ist. Die Vermuthungen der „Staatsbürgerztg.“ sind durchaus einseitig. Die Ausweisung ist lediglich aus sicherheitspolizeilichen Gründen erfolgt, und es liegt nicht der geringste Anlaß vor, sich für diesen „patriotischen“ und „freikonservativen“ Herrn ins Zeug zu legen.

Kottbus, 16. Juli. Geradezu trostlos lauten die Nachrichten aus dem Spreewalde. Das unaufhörliche Regenwetter hat die Feuernte zum größeren Theil vernichtet; fukhoch stehen die Wiesen unter Wasser und es ist keine Aussicht vorhanden, daß dasselbe in nächster Zeit fällt. Das geschnittene Gras schwimmt weg oder das Heu verdirbt. Wie das Hochwasser den Wiesen, so schadet der Regen den Feldfrüchten. Die kleinen Leute, die mit Vorliebe der Schweinemast obliegen, sind gezwungen, die Thiere vorzeitig zu verkaufen, da ihnen die Futtermittel für dieselben, vornehmlich Kartoffeln, fehlen.

## Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt. Ein lichterloh brennender Wagen erregte Donnerstag Nachmittag in der Wollinerstraße ungeheures Aufsehen. Als der Journalist August Perrow aus Neuweissenau auf seinem mit Stroh beladenen Wagen die Wollinerstraße entlang fuhr, versuchte in der Nähe des Winkels-Platzes ein Junge hintenauf zu sitzen, wurde aber von dem Fuhrharn mit der Peitsche heruntergetrieben. Aus Rache steckte der Junge, von K. unbeobachtet, das Stroh in Brand, und bald stand das Stroh in hellen Flammen. Nur mit knapper Noth gelang es K., von dem brennenden Wagen herunterzuspringen, und mit Hilfe von herzu-eilenden Maurern und Zimmerleuten die Pferde loszuschneiden; er trug infolge einer schweren Brandwunde an der linken Hand davon. Der sofort nach Verübung der That davongelaufene Attentäter konnte durch einen anderen Jungen namhaft gemacht werden.

Ueber eine Pfändung mit blutigem Ausgange wird aus dem benachbarten bei Friedrichshagen belegenen Schönebecker berichtet. Derselbst sollte auf dem Märschischen Grundstücke eine Pfändung vorgenommen werden und hatte sich zu diesem Zwecke ein Gerichtsvollzieher aus Köpenick dorthin begeben. Bei seinem Erscheinen wurde er von dem Besitzer mit Steinwürfen bedroht, so daß er sich genöthigt sah, dem Amtsvorstand Anzeige zu erstatten und ihn um Beistand zu ersuchen. In der Begleitung eines Gendarmen betrat der Gerichtsvollzieher die Wohnung, ließ sich von der Frau eine Kommode öffnen und beschlagnahmte ein in derselben vorgedruckenes Portemonnaie, durch dessen Inhalt die Pfändungsbüchse gedeckt wurde. Plötzlich stürzte der Besitzer während auf den Gerichtsvollzieher ein, riß ihm einen Theil des Badenshirts aus und beschädigte seine Kleidung. Der Gendarm, der den M. zu befangen suchte, wurde von dem kräftigen Manne ebenfalls thätlich angegriffen und erlitt bedenkliche Verletzungen am Hals, an der Stirn und am Kopfe. Nun machte der Gendarm von der flachen Klinge Gebrauch und verletzte dem M., der immer von Neuem auf ihn einbrang, zwei Stiche über den Kopf und Arm, die ihn kampfunfähig machten. Gegen M. ist das Strafverfahren eingeleitet.

† Enorme Hitze in Spanien. In Madrid ist die Hitze unerträglich. Seit zwölf Tagen zeigt das Thermometer 100, in Valencia und Alicante 104 Gr. Fahrenheit. In Sevilla ist an vielen Stellen das Asphaltpflaster geschmolzen. In der Provinz Ciudad Real weist der Boden riesige Sprünge und Risse auf. Die Quellen und Brunnen trocknen aus, die Vögel sterben massenweise.

† Zur Affaire Manché wird mitgetheilt, daß die Angabe der „Saale-Ztg.“, Geh. Hofrath M. sei im Februar d. J. ohne Pension

aus seinem Amte entlassen worden, auf Unwahrheit beruht. Herr M. ist vielmehr auf seinen Antrag nach mehr als vierzigjähriger Dienstzeit mit der gesetzlichen Pension zum 1. April d. J. pensionirt worden. Was die Denunziation Althwards wegen Bestechung betrifft (in dem Bornemannschen Falle), so hat die Staatsanwaltschaft am königl. Landgericht I. unterm 5. Mai d. J. das Verfahren gegen M. „mangels Nachweises eines strafbaren Thatbestandes“ eingestellt. In der Thomasschen Angelegenheit schwebt das Untersuchungsverfahren noch; eine Anklage ist bis jetzt nicht erhoben.

† Die Familie des verschollenen Dr. v. Kaldstein hatte bereits alle Dispositionen dahin getroffen, daß der Vermißte, wenn er todt aufgefunden würde, einem früher geäußerten Wunsche gemäß durch Feuer bestattet werden soll. Ein Testament des Dr. v. Kaldstein aus früheren Jahren hat sich vorgefunden; nach demselben beerbt ihn seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte. Die lautgewordene Vermuthung, Dr. v. Kaldstein sei in Berlin gesehen worden, wird von der A. R.-G. als unwahrscheinlich bezeichnet. Wie weiter mitgetheilt wird, sind in den letzten Tagen von dem Bürgermeister v. Alpnach, der sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sektion Pilatus des Alpenklubs zu wiederholten Malen an die Spitze der Suchenden stellte, auch die Ufer des Vierwaldstätter Sees mit großen Netzen abgesehen worden. Leider war auch diese Mühe vergeblich, und damit scheint jede Hoffnung, die Leiche des Vermißten aufzufinden, geschwunden zu sein, wenn nicht ein glücklicher Zufall den eifrigen Bemühungen zu Hilfe kommt. Die Korrespondenz, welche die Meldung verbreitet hatte, daß Bekannte des Dr. v. Kaldstein diesen in Berlin gesehen haben wollten, berichtet jetzt, daß die von der Kriminalpolizei in Berliner und den Sirenanstalten der näheren Umgegend angestellten Ermittlungen zu einem positiven Resultat nicht geführt haben. Die Anzeige über den Aufenthalt des Dr. v. K. in Berlin habe derart bestimmt gelaute, daß die Behörde unbedingt darauf eingehen mußte. Man muthmaßt auch wohl nicht mit Unrecht, daß K. von Luzern abgereist sei, da er genügende Geldmittel mit sich führte.

† Der Fall Kaldstein erinnert lebhaft an ein ganz ähnliches trauriges Ereigniß im Jahre 1879, das damals allgemeines großes Aufsehen erregte. Im Oktober 1879 begab sich der Eisenbahndirektor Dr. v. W. eines Nervenleidens wegen, begleitet von seiner Gattin, nach Montreux am Genfer See. Am 29. hatte bei herrlichem Wetter das Ehepaar einen längeren Spaziergang in der Umgebung gemacht, als gegen 4 Uhr Frau v. W. zur Heimkehr mahnte. Ihr Gatte willigte endlich ein, wollte jedoch einen Rückweg einschlagen, der seiner Gattin weiter erschien als der Hinweg, was Herr v. W. bestritt. Endlich kam eine Wette zu Stande, nach welcher jeder der beiden Gatten einen anderen Weg wählen und der zuerst Heimgelangende die Wette gewonnen haben sollte. Im Hotel angelangt, freute sich Frau v. W., ihre Wette gewonnen zu haben, da ihr Gatte dort noch nicht eingetroffen war. Aber die Nacht kam heran, ohne daß er wiederkehrte, und auch die Vermuthung, daß der Ausgebliebene im Ort Clavens, den er auf seinem Wege passieren mußte, übernachtet haben würde, erwies sich am anderen Morgen als unzutreffend, doch hatte man ihn dort im eiligsten Tempo nach Bevey gehen sehen. Von da ab blieb jede Spur des Vermißten verloren, die genauesten Durchsuchungen der ganzen Gegend waren ebenso erfolglos als alle Aufrufe und Belohnungszuficherungen in öffentlichen Blättern. Da der Verschollene eine größere Summe Geldes und werthvolle Gegenstände bei sich trug, so bleibt nur die Möglichkeit, daß er, von der Dunkelheit überrascht, vom Wege abgelenkt, einem Verbrechen zum Opfer gefallen und die Leiche beseitigt worden ist.

† Bestrafte Liebe. In einem kleineren Bade am westpreussischen Ostseestrande trug sich kürzlich folgender lustige Zwischenfall zu: Dortselbst weilte unter anderen Badegästen auch eine Dame mit ihrer etwa 19jährigen Tochter. Wie es nun gekommen, weiß man nicht, aber es entspann sich zwischen dieser jungen Dame und einem hübschen Fischerknecht mit einem Male ein Liebesverhältniß. Leider kam die Mama dahinter und hatte nichts Eiligeres zu thun, als mit ihrer Tochter sofort abzureisen. Das wäre nun an und für sich nichts Merkwürdiges; es kommt ja öfter vor, daß ein junges Mädchen der „guten Gesellschaft“ sich nicht recht standesgemäß verhält. Den Fischern aber, die von den Badegästen eine hübsche Nebeneinnahme haben, war dieses Vorkommniß nicht so ganz gleichgültig; sie fürchteten, daß ihr stattlicher Kollege auch noch mancher anderen Jungfrau den Kopf verbrochen und dann der Badeort allmählich bei besorgten Müttern in Verruf kommen könnte, was gleichbedeutend war mit einer erheblichen Schmälerung ihres Einkommens. Sie kamen deshalb zusammen und hielten Gericht, und auf Grund des Urtheilspruches erhielt der arme Fischerknecht eine so gehörige Tracht Prügel, daß er wie man sagt, einige Tage nicht gehen konnte, und das, trotzdem er versicherte, an der Liebelei nicht schuld zu sein. Wer liebt, muß eben leiden.

## Lokales.

Posen, den 17. Juli.

\* Das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens vom 24. Juni 1891 wird heute vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht und lautet wie folgt:

§ 1.  
Behufs Bildung der Urwählerabtheilungen für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten, der Wählerabtheilungen für Gemeindevertreterwahlen und in sonstigen Fällen, wo auf die Wahlberechtigten in öffentlichen Verbands die Summe der veranlagten Beiträge der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer einwirkt, ist für jede nicht veranlagte Person ein Steuerbetrag von 3 M. an Stelle der bisherigen Klassensteuer zum Ansatz zu bringen.

Bis zu anderweiter, in Folge der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an kommunale Verbände etwa erforderlich werdender Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten wird in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, — unter Abänderung der betreffenden Bestimmungen des § 10 der Verordnung vom 30. Mai 1849 (Gesetzsamml.)



